

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Andrea Voßhoff, MdB (Stellvertretende Vorsitzende)
Katherina Reiche, MdB
Jens Koeppen, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Nr. 24 / 2013 (05. Juli 2013)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im Juni 2013
3. Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik
4. Schärfere Regeln für Banken ab 2014
5. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in dieser Woche fand in Berlin die von unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel initiierte Konferenz zur Förderung von Jugendbeschäftigung in Europa statt. Dabei ist es nicht in erster Linie, wie oft vermutet um das Geld gegangen, sondern darum, welche Maßnahmen in den stark von Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Ländern selbst ergriffen werden können, um die Situation zu verbessern. Schwerpunkt dabei ist die duale Ausbildung nach dem Vorbild Deutschlands.

In weniger als 80 Tagen ist es soweit. Die Bundestagswahl am 22.09.2013 steht an und die derzeitigen Umfrageergebnisse bestätigen den Kurs von Angela Merkel und der CDU. Die aktuellen Werte geben uns die Kraft und die Stärke, die wir in den kommenden Wochen benötigen, um

„Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“

zu sein.

Ihr

Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im Juni 2013

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigt sich alles in allem in einer guten Verfassung. Er entwickelt sich trotz des schwierigen konjunkturellen Umfelds robust. Im Zuge der auslaufenden Frühjahrsbelegung ist die Arbeitslosigkeit im Juni weiter gesunken. Sie hat gegenüber Mai um 72.000 auf 2.865.000 abgenommen. Insgesamt fiel der Rückgang in den Frühjahrsmonaten schwächer aus als in den Vorjahren. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat um 12.000 gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren 56.000 Menschen mehr arbeitslos gemeldet. Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosigkeit betrug im Mai 2,25 Millionen und die Erwerbslosenquote lag bei 5,3 Prozent.

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung (SGB III) waren im Juni 897.000 Menschen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Juni 2012 ergibt sich ein Anstieg von 80.000. Damit liegt die Arbeitslosigkeit in der Arbeitslosenversicherung seit gut einem Jahr über dem Vorjahresniveau. Insgesamt 851.000 Personen erhielten im Juni Arbeitslosengeld; 80.000 mehr als vor einem Jahr.

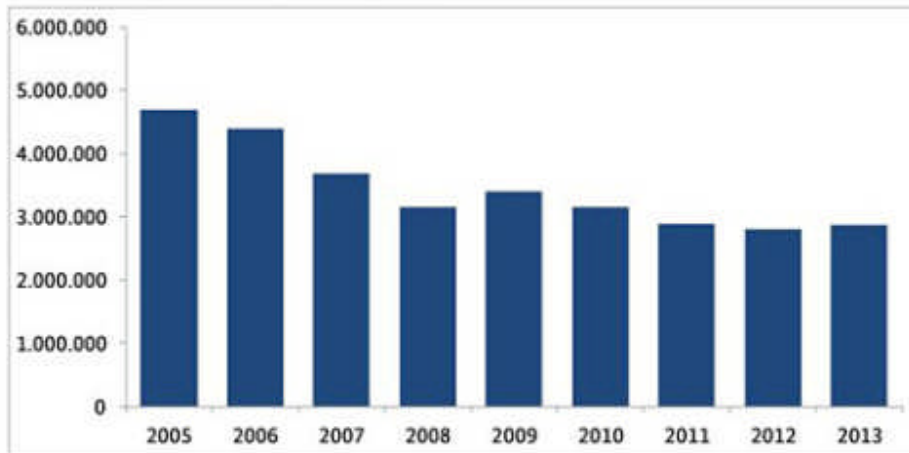
Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der Grundsicherung (SGB II) lag im Juni bei 4.460.000. Gegenüber Juni 2012 war dies ein Rückgang von 2.000 Personen. 8,3 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter sind hilfebedürftig. In der Grundsicherung waren 1.967.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 25.000 weniger als vor einem Jahr. Damit liegt die Arbeitslosigkeit im SGB II nach fünf Monaten wieder unter 2 Millionen. Ein Großteil der Arbeitslosengeld II-Bezieher ist nicht arbeitslos gemeldet. Das liegt daran, dass diese Personen erwerbstätig sind, kleine Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder sich noch in der Ausbildung befinden.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind trotz der konjunkturellen Schwäche weiter gewachsen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen im Mai gegenüber dem Vorjahr um 246.000 auf 41,84 Millionen gestiegen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat nach der Hochrechnung der BA im April gegenüber dem Vorjahr um 373.000 auf 29,21 Millionen Personen zugenommen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wächst in fast allen Bundesländern. Auch die Betrachtung nach Branchen zeigt fast ausschließlich Zuwächse – insbesondere bei den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Zeitarbeit), im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Verarbeitenden Gewerbe. Abnahmen gab es vor allem in der Zeitarbeit.

Die gemeldete Nachfrage nach Arbeitskräften hat im Juni weiter nachgegeben. 437.000 Arbeitsstellen waren bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet, das sind 62.000 weniger als vor einem Jahr. Besonders gesucht sind zurzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Energie und Elektro, Metall-, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Verkauf, Logistik und Gesundheit. Der Stellenindex der BA, der BA-X, stieg um einen Punkt auf 147 Punkte an. Gegenüber dem Vorjahr lag er um 17 Punkte im Minus.

Von Oktober 2012 bis Juni 2013 wurden der Ausbildungsvermittlung insgesamt 455.000 Berufsausbildungsstellen gemeldet, 9.000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Zugleich haben bislang rund 491.000 Bewerber die Ausbildungsvermittlung der Arbeitsagenturen und der Jobcenter bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet. Das waren 4.000 weniger als vor einem Jahr. Auch die Zahl der bislang abgeschlossenen Ausbildungsverträge liegt nach aktuellen Daten der Kammern unter dem Vorjahresniveau. Noch ist es allerdings zu früh, um eine differenzierte Einschätzung zur weiteren Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt zu geben.

Arbeitslosenzahl im Juni seit 2005



Juni 2013	2.864.663
Mai 2013	2.936.912
April 2013	3.020.272

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

3. Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union haben sich beim EU-Agrarrat am 24. und 25. Juni 2013 in Luxemburg auf die Reform der EU-Agrarpolitik verständigt und damit die Grundlage für eine abschließende Einigung mit dem Europaparlament geschaffen. Ziel ist, dass die Landwirtschaftspolitik in Europa ökologischer und nachhaltiger wird. Kern der Reform ist und bleibt ein wirksames Greening. Damit wird nicht nur ein mehr an Ökologie erreicht, sondern auch das Prinzip 'Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen noch stärker in den Vordergrund gerückt.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsziele seien künftig mindestens 30 Prozent der Finanzmittel aus der zweiten Säule für Agrarumweltmaßnahmen und andere umweltbezogene Maßnahmen zu verwenden. Dies komme auch dem Ökolandbau zugute. Unzufrieden zeigte sich Aigner insbesondere über den Umstand, dass die von der Bundesregierung und vielen EU-Mitgliedstaaten geforderte Verwaltungsvereinfachung unterm Strich nicht erreicht werde: Unsere Forderung war und bleibt ein Bürokratieabbau. Leider bringen die Beschlüsse hier keine Fortschritte.

Aigner erneuerte am Rande des Ministertreffens in Luxemburg zudem ihre grundsätzliche Kritik an Forderungen aus dem Europäischen Parlament und einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten, eine stärkere Markt- und Preissteuerung durch den Staat durchzusetzen und die Prämien für die Landwirte wieder stärker an die Produktion zu koppeln.

Noch weiter zu verhandeln mit dem Europäischen Parlament ist auch eine Regelung, nach der den Mitgliedstaaten künftig freigestellt wird, entweder die Direktzahlungen über 150.000 Euro verpflichtend um fünf Prozent zu kürzen oder eine Zusatzförderung für die ersten Hektare in Höhe von fünf Prozent der nationalen Obergrenze einzuführen.

Der irische Ratsvorsitz strebt an, auf Grundlage der im Agrarrat erzielten Ergebnisse bis Ende Juni 2013 eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament zu erzielen. Finanzrelevante Punkte in der GAP

stehen dabei weiterhin unter dem Vorbehalt einer Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen. Nachdem das Europäische Parlament die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum Mehrjährigen Finanzrahmen am 13. März 2013 abgelehnt hat, besteht auch hier weiterer Verhandlungsbedarf, um zu einer Einigung zwischen den EU-Staaten und dem Europäischen Parlament zu gelangen.

Für Herbst 2013 ist die formelle Annahme des Legislativpakets zur GAP geplant. Danach werden in Deutschland die Beratungen mit den Bundesländern zur nationalen Umsetzung aufgenommen werden. Wegen der Verzögerungen bei der politischen Einigung über den mehrjährigen Finanzrahmen wird sich auch das Inkrafttreten der neuen Vorschriften zur GAP verzögern.

Für 2014 wird es Übergangsregelungen geben, die - unter Berücksichtigung der finanziellen Obergrenzen aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 - ansonsten mehr oder weniger eine Fortschreibung der bisherigen Regelungen darstellen werden. Die Übergangsregelungen sollen allen Landwirten in Europa die rechtzeitige Auszahlung der Direktzahlungen ebenso gewährleisten wie die festgesetzten Zahlungen der Ausgleichszahlungen und Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen. Die neuen Regeln für die Agrarpolitik sollen ab 2015

4. Schärfere Regeln für Banken ab 2014

Ab 2014 gelten in Deutschland die Basel III-Regeln: Banken sollen sich im Krisenfall aus eigener Kraft stabilisieren und retten können. Die Bundesregierung hatte im vergangenen Jahr diese neue Grundordnung auf den Weg gebracht. Der Vermittlungsausschuss hat dem Gesetz nun zugestimmt.

Der Deutsche Bundestag hatte das Gesetz im Mai dieses Jahres bereits beschlossen. Der Bundesrat hatte allerdings in seiner Sitzung vom 7. Juni dazu den Vermittlungsausschuss angerufen. Das Gesetz setzt die europäischen Basel III-Regeln in deutsches Recht um. Sie sind die neue Grundordnung für die Banken und machen diese krisenfester. Mit der Neuregelung gelten verschärfte Eigenkapitalvorschriften für Banken: Das so genannte "harte Kernkapital" (eigene Aktien und einbehaltene Gewinne) der Banken soll um das 3,5-fache erhöht werden.

Hinzu kommen neu eingeführte Kapitalpuffer. Danach können Banken in wirtschaftlich besseren Zeiten verpflichtet werden, zusätzliches Kapital aufzubauen. Bei Konjunkturschwankungen können Banken dann angemessen reagieren. Für global agierende, systemrelevante Banken, aber auch für anderweitig systemrelevante Banken und im Falle systemischer Risiken können Kapitalerfordernisse gestellt werden. Insgesamt erhöht die stärkere Eigenmittelausstattung die Fähigkeit der Banken, ihre Verluste selbst aufzufangen.

Je höher das Eigenkapital der Banken desto höher ihre Widerstandskraft in Krisenzeiten. **Basel III** ist ein weiterer Baustein der Finanzmarktreformen. In der weltweiten Finanzkrise hatte sich gezeigt, dass die Institute über nicht genügend Eigenkapital verfügten, um die Risiken in ihren Büchern zu decken. Staaten mussten einspringen, um die Institute vor dem Kollaps zu bewahren.

Die verschärften Eigenkapitalvorschriften für Banken schützen die Steuerzahler und die gesamte Volkswirtschaft besser vor dem Risiko von Bankenkrisen. Die Bundesanstalt für Finanzaufsicht erhält zudem stärkere Eingriffs- und Sanktionsmöglichkeiten. Künftig müssen Banken, wenn sie gegen das Kreditwesengesetz verstoßen mit empfindlicheren Geldbußen rechnen. Daneben bestehen klassische Instrumente der Bankenaufsicht, wie zum Beispiel der Entzug der Bankzulassung und die Abberufung von Bankvorständen. Darüber hinaus ist es künftig auch möglich, Gewinne abzuschöpfen, die durch Verstöße gegen die bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben erzielt wurden.

5. Kurz notiert

5.1. 41,8 Millionen Erwerbstätige im Mai 2013

Im Mai 2013 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) insgesamt 41,8 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber Mai 2012 war das ein Plus von 253 000 Erwerbstätigen oder 0,6 %. In den Monaten März und April 2013 hatte der entsprechende Zuwachs im Vergleich zum Vorjahresmonat jeweils 0,7 % betragen. Die Zahl der Erwerbslosen lag im Mai 2013 bei 2,25 Millionen Personen, das waren 106 000 weniger als ein Jahr zuvor.

Nach vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl im Mai 2013 gegenüber dem Vormonat April im Zuge der üblichen Frühjahrsbelebung um 97 000 Personen (+ 0,2 %). Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der üblichen jahreszeitlich bedingten Schwankungen, ergab sich im Mai 2013 gegenüber dem Vormonat eine leichte Zunahme um 10 000 Personen.

Nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung lag die Zahl der Erwerbslosen im Mai 2013 bei 2,25 Millionen. Sie verringerte sich damit im Vergleich zum Mai 2012 um 106 000 Personen oder 4,7 %. Gegenüber dem Vormonat April 2013 reduzierte sich die Erwerbslosenzahl um 24 000 Personen oder 0,9 %. Bereinigt um saisonale und irreguläre Einflüsse betrug die Zahl der Erwerbslosen 2,27 Millionen. Die bereinigte Erwerbslosenquote lag bei 5,3 %.

5.2. Öffentliche Schulden zum Ende des 1. Quartals 2013 bei 2.058 Milliarden Euro

Zum Ende des ersten Quartals 2013 waren Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich aller Extrahaushalte in Deutschland mit 2 057,6 Milliarden Euro verschuldet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis vorläufiger Ergebnisse mitteilt, entsprach dies einem Anstieg um 0,8 % (+ 15,6 Milliarden Euro) gegenüber dem Ende des ersten Quartals 2012.

Die Verschuldung war jedoch niedriger als die Schuldenstände des zweiten bis vierten Quartals 2012. Gegenüber dem Ende des vierten Quartals 2012 mit 2 071,8 Milliarden Euro sanken die Schulden um 0,7 % (- 14,2 Milliarden Euro). Diese positive Entwicklung ist vor allem durch einen Rückgang der Verschuldung bei den beiden sogenannten Bad Banks, FMS Wertmanagement und Erste Abwicklungsanstalt (EAA), begründet.

Die Schulden des Bundes blieben zum 31. März 2013 gegenüber dem 31. März 2012 mit 1 286,2 Milliarden Euro nahezu unverändert. Die Länder waren zum Ende des ersten Quartals 2013 mit 636,5 Milliarden Euro verschuldet, dies entsprach einem Zuwachs von 2,2 % (+ 13,8 Milliarden Euro) gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Verschuldung der Gemeinden/Gemeindeverbände stieg in diesem Zeitraum um 1,4 % (+ 1,8 Milliarden Euro) auf 134,9 Milliarden Euro.

5.3. Zahl der Betriebe mit Schweinehaltung um 7,5 % gesunken

Zum Stichtag 3. Mai 2013 gab es in Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) rund 28 000 Betriebe mit Schweinehaltung, darunter circa 11 200 Betriebe mit Zuchtsauen. Insgesamt wurden rund 27,4 Millionen Schweine gehalten. Die Zahl der Schweine haltenden Betriebe ging damit gegenüber 2012 um 7,5 % zurück, die Zahl der erfassten Schweine sank um 2,5 %.

Hauptursache für diese Entwicklung ist der starke Rückgang der Betriebe mit Zuchtsauen. Von den rund 2 300 Betrieben, die innerhalb des letzten Jahres aus der Schweineproduktion ausschieden, waren rund 2 000 Halter von Zuchtsauen. Die Zahl dieser Betriebe ging um 15,1 % zurück. Während vor einem Jahr noch rund 2,2 Millionen Zuchtsauen in 13 200 Betrieben gehalten wurden, sank die Zahl der Sauen nur um 6,2 % auf etwa 2,0 Millionen Tiere.

Ein Grund für diese Entwicklung ist die geänderte Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Diese schreibt seit dem 1. Januar 2013 erweiterte Anforderungen an die Haltung von Zuchtsauen vor, die von vielen Haltern umfangreiche Investitionen erfordern. Nicht alle Betriebe haben die mit der Umstellung auf Gruppenhaltung verbundenen Investitionen vorgenommen und lassen den Betriebszweig Sauenhaltung auslaufen. Dies betrifft insbesondere kleinere Betriebe. Zum Stichtag 3. Mai 2013 hatten 22,1 % aller Betriebe, welche im Mai 2012 noch bis zu 100 Sauen hielten, die Sauenhaltung eingestellt. Andere Betriebe hingegen haben ihre Kapazitäten ausgeweitet: Die Anzahl der Betriebe mit mindestens 500 Zuchtsauen stieg um 3,8 %.

Der Rinderbestand stieg bis zum 3. Mai 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht um 0,9 % auf rund 12,6 Millionen Tiere. Die Zahl der Milchkühe erhöhte sich ebenfalls leicht, und zwar um 0,8 % auf circa 4,2 Millionen Tiere. Die mit Abstand bedeutendsten Rassen waren die Milchnutzungsrasse „Holstein-Schwarzbunt“ mit rund 5,3 Millionen Tieren, gefolgt von der Doppelnutzungsrasse „Fleckvieh“ mit rund 3,5 Millionen Tieren.

5.4 Polen mit 59.000 Tonnen Deutschlands Hauptlieferant für Grillkohle

Sommerzeit, Grillzeit: Polen war im Jahr 2012 mit 59 000 Tonnen Hauptlieferant von Grillkohle für deutsche Grillfeiern. Insgesamt wurden nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 243 000 Tonnen Grillkohle nach Deutschland eingeführt. An zweiter Stelle der Importländer für Grillkohle stand 2012 Paraguay mit 44 000 Tonnen. Als dritt wichtigstes Lieferland hat sich Litauen etabliert, von dort stammten 31 000 Tonnen.

Noch vor fünf Jahren, im Jahr 2008, lag die Gesamtmenge importierter Holzkohle bei 158 000 Tonnen. Damit steigerte sich die Importmenge bis zum Jahr 2012 um rund 54 %.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent